

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Auf die Belastung der Volkswirtschaft durch Arbeitslosigkeit macht **Anke Fuchs MdB** aufmerksam: Es geht nicht "nur" um die soziale Problematik.

Seite 1

Die Krankheiten zu bekämpfen, nicht die Kranken - dies fordert **Ottmar Schreiner MdB** von den Arbeitgeberverbänden.

Seite 3

Gegen den Einsatz der chemischen Keule in der Landwirtschaft spricht sich **Ulrike Mehl MdB** aus: Wir brauchen mehr Natur- und Artenschutz.

Seite 3

49. Jahrgang / 243 / 20. Dezember 1994

Langzeitarbeitslosigkeit schadet der Volkswirtschaft Es geht nicht "nur" um die soziale Problematik

Von **Anke Fuchs MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Viele begreifen Arbeitslosigkeit als ein soziales Problem. Das ist es auch zweifellos, aber es hat ebenso auch eindeutige ökonomische Dimensionen. Eine Volkswirtschaft, bei der wie in Deutschland mehr als drei Prozent der Erwerbspersonen Langzeitarbeitslose sind, nimmt dauerhaften Schaden, der sich auch in der Gesamtrechnung negativ ausdrückt. Die häufiger werdenden Klagen über die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten lassen gerne außer acht, daß die Duldung der Langzeitarbeitslosigkeit kostentreibend wirkt. Die Tarifpartner erkennen zunehmend die ökonomische Dimension der Arbeitslosigkeit und fordern zu Recht immer heftiger von der Politik Lösungsansätze.

Der Wissenschaftler Rainer Zoll hat es für die Gewerkschaften wie folgt formuliert: "Erst das Bewußtsein der Gewerkschafter, daß hohe Arbeitslosenzahlen die Bedingungen für die Durchsetzung der Interessen der Arbeitsplatzbesitzer verschlechtern, kann zur Einbeziehung der Arbeitslosen, kann zur Solidarität mit den Erwerbslosen führen. In seiner Realisierung bedeutet dies nicht nur eine Veränderung gewerkschaftlicher Orientierung, sondern auch eine Erweiterung der sozialen Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation."

Auch die Arbeitgeber öffnen sich der Diskussion. Einen bemerkenswerten Beitrag hat hierzu die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft geleistet, die jetzt die Ergebnisse ihres zweiten Jahreskolloquiums unter dem Titel "Arbeit der Zukunft - Zukunft der Arbeit" der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Bemerkenswert ist ganz besonders der Beitrag von Prof. Richard Layard, London School of Economics, der unter Bezugnahme auf Schweden einen neuen Weg für die Bundesrepublik Deutschland vorschlägt. In der Bundesrepublik Deutschland macht die Langzeitarbeitslosigkeit rund ein Drittel, in Schweden jedoch nur zehn Prozent der gesamten Arbeitslosigkeit aus. In der Bundesrepublik Deutschland werden mittlerweile rund 1,1 Millionen Langzeitarbeitslose gezählt. Besonders die Langzeitarbeitslosen leiden unter dem unhaltbaren Vorwurf, nicht arbeiten zu wollen. Trotz Unhaltbarkeit wird dieser Vorwurf dazu genutzt, eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik zu verhindern.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kontaktpapier-Lösung
mit wertvollen Einlagen
Recycling-Papier



Eine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung initiierte Strukturanalyse hat ergeben, daß es zwar sehr verschiedene Wege in die Langzeitarbeitslosigkeit gibt. Sie reichen von stabilen Erwerbskarrieren bis hin zu diskontinuierlichen Arbeitsverläufen. Aber für zwei Drittel gerade der älteren Langzeitarbeitslosen ist die momentane Arbeitslosigkeit ihre erste, und sie streben eine Integration in den Arbeitsmarkt an, indem sie im Durchschnitt mehr als 27 Jahre ununterbrochen eingebunden waren. Dies gelingt ihnen jedoch nicht nur nicht, die Chancen werden sogar durch Untätigkeit der herrschenden Politik im wahrsten Sinne des Wortes verwehrt.

Wenn nun die Bundesregierung daran arbeitet, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose um ein weiteres Stück zu kürzen, so läßt sich dies mit defensiven Strategien nicht verhindern. Im Gegenteil: Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich nun zu Beginn einer neuen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag bereits im 13. Oppositionsjahr befindet, muß jedem deutlich machen, daß neue, vielleicht sogar unkonventionelle Wege beschritten werden müssen. Wir müssen akzeptieren, daß wir in der Vergangenheit den Sozialabbau allenfalls gebremst, nicht jedoch verhindert haben. Wenn die Bundesregierung wieder beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe kürzen will, so wird unser lautes Nein dies nicht verhindern können. Wir müssen daher den leistungsbereiten Arbeitslosen sinnvolle Alternativen bieten. Wir sollten ernsthaft prüfen, ob wir den Vorschlag von Prof. Layard aufgreifen wollen: Bei Arbeitslosigkeit wird nach 12 Monaten anstelle der Zahlung des Arbeitslosengeldes dem betroffenen Arbeitnehmer ein vom Staat garantierter Arbeitsvertrag für mindestens sechs Monate, für den besonders tarifliche Regelungen gelten können, angeboten. Diese Arbeitsverträge könnten sowohl bei öffentlich geförderten Beschäftigungsgesellschaften als auch bei privaten Unternehmen geschlossen werden, wobei die Bundesanstalt für Arbeit einen Betrag in Höhe des bisherigen Arbeitslosengeldes zuschießt. Alternativ hierzu sollen jedoch den Betroffenen weiterhin unmittelbare Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden. In Schweden hat jeder, dem es nicht gelingt, innerhalb dieser sechs Monate einen regulären Arbeitsplatz zu finden, das Recht, nach sechs Monaten wieder Arbeitslosengeld zu beziehen unter der Voraussetzung, daß er in den vorhergegangenen 52 Wochen mindestens 15 Wochen gearbeitet hat.

Es spricht einiges für die Annahme, daß nicht alle betroffenen Arbeitnehmer auf einen Schlag in eine solche Regelung einbezogen werden können. In diesem Fall sollten in Form eines Stufenplans hierbei je nach Kapazitäten zunächst die jüngeren Jahrgänge einbezogen werden. Auch die Arbeitgeber müssen ein großes Interesse an einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik haben, da die Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht unerhebliche Belastungen mit sich bringt, in denen die Arbeitgeber keinen Nutzen sehen, während in ihren Augen Kurzeitarbeitslosigkeit eine Senkung des Lohndrucks mit sich bringen kann. Es versteht sich von selbst, daß zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit mehrere Schritte notwendig sind. Dazu haben wir wiederholt Vorschläge gemacht. Aber wir können es uns nicht länger leisten, daß immer mehr Menschen lange aus dem Erwerbsprozeß ausscheiden, ohne die Chance zu erhalten, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten.

(-/20. Dezember 1994/rs/fr)

**Die Krankheiten bekämpfen, nicht die Kranken
Die Arbeitgeberverbände verfolgen die falsche Strategie**

Von Ottmar Schreiner MdB
Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Herren Stihl und Murmann versuchen, die Unsicherheit in der Arbeitnehmerschaft schamlos auszunutzen, um tarifvertraglich abgesicherte Standards zu liquidieren. Der sinkende Krankenstand in der Rezession ist Ausdruck der tiefen Angst vieler Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz, die sich dadurch ausdrückt, daß sie selbst krank zur Arbeit gehen. Dies ist eine Tendenz, die in jeder Wirtschaftskrise wieder zu beobachten ist.

Die Diskussion um Mißbrauch von Leistungen wird auch durch Wiederholung und neue Varianten nicht intelligenter. Die Kurzeiterkrankungen, hinter denen die Arbeitgeber 'Blaumacher' vermuten, machen nur zwei bis drei Prozent des gesamten Krankenstandsvolumen aus. Im übrigen weisen die bemerkenswerten Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben darauf hin, daß die Arbeitgeber selbst etwas zur Verringerung des Krankenstands tun können.

Will man das Volumen der Fehltage dauerhaft und effektiv verringern, muß man endlich das Problem des Arbeitsschutzes in den Vordergrund rücken. Die 1992 angezeigten Berufskrankheiten erreichten einen neuen Höchststand von 85.000 Fällen. Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung, die die finanzielle Last der Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle tragen, stiegen im gleichen Jahr um fast zehn Prozent auf etwa 21 Milliarden DM. Da diese Kosten aber ausschließlich von den Verursachern, also den Arbeitgebern getragen werden, fließen sie ungekürzt in die vielbeklagten Lohnnebenkosten. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz könnten durch besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz rund 20 Milliarden DM eingespart werden.

Handeln müssen die Arbeitgeber selbst und die Bundesregierung. Diese hatte zwar ein Arbeitsschutzrahmengesetz ins Parlament eingebracht, dann aber unter dubiosen Umständen wieder zurückgezogen. Die Koalitionsparteien haben einen umfänglichen Grundsatzantrag der SPD zum Arbeitsschutz abgelehnt.

Die Adressaten der Arbeitgeber sollten nicht die kranken Arbeitnehmer, sondern sie selbst und die Bundesregierung sein, die durch Untätigkeit vermeidbare Kosten hinnimmt.

(-/20. Dezember 1994/rs/fr)

**Wir brauchen mehr Natur- und Artenschutz
Gegen die chemische Keule in der Landwirtschaft**

Von Ulrike Mehl MdB

Angesichts der Naturzerstörung und der Umweltbelastungen durch Chemieeinsatz in der Landwirtschaft ist es fast unglaublich, mit welchen Argumenten der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln, wie 'Roundup' mit dem Wirkstoff Glyphosat, auf zeitweise stillgelegten, landwirtschaftlichen Flächen von der US-Firma Monsanto und Vertretern von Landwirtschaftskammern und ostdeutschen Agrarunternehmen begründet wird.

- Da in Frankreich und England das Totalherbizid 'Roundup' zur Unkrautbekämpfung auf stillgelegten Flächen angewendet wird und dies angeblich kostengünstiger ist als das mechanische Mähen, soll das Verbot im Pflanzenschutzgesetz und in der Kulturpflanzen-Ausgleichs-Verordnung aufgehoben werden. - Da die Anwendung von Herbiziden auf stillgelegten Flächen ökologisch nachteilig und nicht notwendig ist, muß unser Verbot in Europa durchgesetzt werden. Unsere Anwendungsverbote und Beschränkungen dürfen

nicht weiter aufgeweicht werden. Sie müssen noch verstärkt werden, um die Artenvielfalt und Umwelt und Gesundheit wirksamer zu schützen.

- Da "junge Rehe und Hasenkinder" bei dem Mähen auf stillgelegten Flächen "zernetzt" werden, wird nach der chemischen Keule gerufen. Es gibt aber vernünftige Alternativen, wie Gründüngung, Wildäusungspflanzungen oder spätes Mähen, um die Tiere zu schützen.
- Die Verhinderung der Anreicherung von Unkrautsamen auf stillgelegten Flächen durch frühzeitige Anwendung von Herbiziden wird mit der dann möglichen Reduzierung des Pflanzenschutzmittelaufwandes in den Folgekulturen begründet. Da der Boden sowieso eine fast unerschöpfliche Samenmenge enthält, ist diese Begründung nicht stichhaltig.

Von der Firma Monsanto (Deutschland) GmbH wurde inzwischen beantragt, die Anwendung von Glyphosat ab Mai auf stillgelegten Flächen zuzulassen, obwohl das Pflanzenschutzgesetz und die Kulturpflanzenausgleichs-Verordnung die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf stillgelegten Flächen grundsätzlich verbieten und nur in Ausnahmefällen wie beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen erlaubt. Da dies von der Biologischen Bundesanstalt wegen der Gesetzeslage abgelehnt wird, wird jetzt Druck auf die Politik ausgeübt, um bei der anstehenden Änderung des Pflanzenschutzgesetzes in Europa übliche aber für uns nicht akzeptable Zulassungsbedingungen zu übernehmen. Da die Belastung der Gewässer durch Glyphosat wegen fehlender routineteuglicher Analysemethoden zur Zeit nicht abschätzbar ist, sollte auch aus diesem Grund keine Aufweichung der Zulassungsanforderungen erfolgen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf stillgelegten Flächen europaweit verboten wird. Bestehende Wettbewerbsbenachteiligungen deutscher Landwirte müssen durch harmonisierte Zulassungskriterien auf hohem Niveau in der Europäischen Union durchgesetzt werden, um den freien Binnenmarkt ohne aufwendige Kontrollen zu ermöglichen.

Zur Zeit werden statt Fortschritten Rückschritte im Harmonisierungsprozeß zum Beispiel durch die neue Pflanzenschutzzulassungsrichtlinie eingeleitet, die unsere Anforderungen in Bezug auf Umwelt- und Gesundheitsschutz bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln unterlaufen. Die illegale Einfuhr von bei uns verbotenen und nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln aus Ost- und Westeuropa ist ein Skandal und muß endlich bei den Landwirten strafrechtlich verfolgt werden.

Zusätzlich wird von Industrie- und Landwirtschaftsverbänden die schnelle, deutsche Zulassung von in den EU-Mitgliedsländern zugelassenen Pflanzenschutzmitteln gefordert, um Lücken im deutschen Angebot zu schließen, ohne Rücksicht auf mögliche chemische Verunreinigung in ausländischen Pflanzenschutzmitteln und mögliche Überschreitung der Rückstands-Höchstmengen in Lebensmitteln und Belastungen der Umwelt. Auch dazu müßte das Pflanzenschutzgesetz geändert werden.

Die SPD wird bei der Änderung des Pflanzenschutzgesetzes darauf achten, daß keine Rückschritte im Umwelt-, Natur- und Gesundheitsschutz unter dem Etikett der europäischen Harmonisierung zugelassen werden. Der vorsorgende Umwelt- und Gesundheitsschutz muß endlich durchgesetzt werden.

Die Landwirte und die Chemische Industrie sollten ihr schlechtes Image nicht durch weitere unsinnige Forderungen nach einer Ausweitung der Pflanzenschutzmittelanwendung noch weiter verschlechtern. Bürgerinnen und Bürger wollen mehr Natur- und Artenschutz, nicht weniger. Sie wollen weniger Chemie in Nahrungsmitteln, Trinkwasser und in den Gewässern statt immer mehr. Dies muß auch in Europa durchgesetzt werden, sonst wird die Ablehnung von Europa auch in Deutschland noch größer.

(-/20. Dezember 1994/rs/fr)
